

# Sattler-Zeitung

Nr. 22.

Berlin, den 3. November 1900.

14. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch  
die Post (Post-Liste Nr. 6777)  
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:  
Joh. Sassenbach, Berlin S.O., Engel-Str. 15.  
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 8 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.;  
bei Wiederholungen bedeutende  
Ermäßigung.

## Inhalt.

Die Regierung im Dienste der Unternehmer. — Die deutschen Ärzte. — Unternehmer-Terrorismus. — Ueber die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. — Freiwilrige Jugend. — Streiks und Bohnbewegungen. — Eingekandt. — Brühler Brief. — Vereinsthese. — Rechtsprechung. — Vermischtes. — Bücherchau. — Briefkasten. — Angelegen.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gestreikt wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

### Gesperrte Werkstellen:

Offenbach a. M. Die Tischner-Werkstellen F. G. Hoffe, Ph. Knipp, D. Mayer, W. Seisler Sohn, H. Kraft und G. Gottlieb.

## Die Regierung im Dienste der Unternehmer.

J. S. Unsere Kollegen entsinnen sich wohl noch der berüchtigten Zuchthausvorlage, die, nachdem sie die ganze deutsche Arbeiterschaft in monatelange Erregung versetzt hatte, im Reichstage so elendiglich abgemurkt wurde. Dieser unter dem Namen Zuchthausvorlage berühmt gewordene Gesetzesentwurf hatte die Tendenz, die Arbeiter in ihrem wirtschaftlichen Kampfe zu schwächen und sie dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade zu überliefern. Die Zuchthausvorlage war ausgesprochen arbeiterfeindlich und unternehmerfreundlich; schon dadurch, daß sie diesen Gesetzesentwurf einbrachte, zeigte die Regierung, wie wenig die Arbeiter von ihr zu erhoffen haben.

Jetzt ist nun eine Enthüllung gekommen, die den Abstand zwischen der Regierung und dem arbeitenden Volk noch größer machen wird. Durch die Veröffentlichung eines Briefes des Generalsekretärs der größten und mächtigsten Unternehmer-Organisation ist bekannt geworden, daß das Reichsamt des Innern, also diejenige Reichsbehörde, die sich mit den Arbeiterfragen zu beschäftigen hat, von der Organisation der Arbeiter, zehntausend Mark erbeten und auch erhalten hat, um mit diesem Gelde für die Zuchthausvorlage Propaganda zu machen. Nicht angeboten wurde das Geld, nein die genannte Reichsbehörde hat ausdrücklich darum gebeten. Sogar der genannte Generalsekretär Vuel nennt das Verlangen der Regierung ein etwas eigenhümliches.

Was soll aber die deutsche Arbeiterschaft dazu sagen? Sie lernt deutlich einsehen, daß das Wort, das einst im Reichstage gesprochen wurde, die Regierung sei der Commis der herrschenden Klassen, in diesem Falle vollständig zutrifft. Eine Reichsbehörde erhält von einer Volksschicht Geld, um dafür zu agitieren, daß sie ein Gesetz, das zu Gunsten dieser einen kleinen Klasse des Volkes gegen die größte Klasse, die Arbeiterschaft, gemacht werden soll, angenommen wird; sie begiebt sich dadurch in den Dienst ihrer Geldgeber, sie wird ihr Angestellter, ihr Commis. Dieses Verhalten der Regierung wird auch diejenigen Arbeiter, die bisher noch ihr Heil von oben erwartet haben, zur Ver-

nunft bringen und sie davon überzeugen, daß nicht im Hoffen und Vertrauen auf die Regierung ihr Heil zu suchen ist, sondern im Anschluß an ihre Klassengenossen zum politischen und gewerkschaftlichen Kampfe.

## Die deutschen Ärzte

wollen sich auch organisieren. Ob die von ärztlicher Seite aufgestellte Behauptung, daß es den Ärzten sehr schlecht geht, zutrifft oder nicht, wollen wir nicht untersuchen, jedenfalls ist das eine sicher, daß es den Arbeitern noch schlechter geht als den Ärzten. Es interessiert uns nun, in welcher Weise zum Beitritt zur ärztlichen Organisation aufgefordert wird.

Im ärztlichen Vereinsblatt schreibt Dr. F. Scherer:

„Am 4. September hat sich in Ludwigshafen a. Rh. der „Verein zum Schutz ärztlicher Interessen“ gebildet, nachdem schon längere Zeit vorher Besprechungen zwischen Ärzten aus Ludwigshafen und Umgebung stattgefunden hatten.

Der Verein, welcher gegründet ist auf der Erkenntnis, daß nur Selbsthilfe — durch feste, straffe Organisation, geschlossenes Vorgehen, Ansameln von Unterstützungsgeldern (sogen. Strikegeldern) und ausgeübte Agitation in Fach- und politischen Blättern — das gesunkene Ansehen und die materielle Lage des Ärztestandes wieder heben kann, fordert hiermit die Ärzte Deutschlands auf, sich allenfalls in der gleichen Weise zu organisieren und von der erfolgten Organisation dem unterzeichneten Mitglied des Ludwigshafener Vereins Kenntnis zu geben, damit möglichst bald ein Delegirtenkongress einberufen werden kann, zur Aufstellung eines gemeinsamen, streng durchzuführenden Programms.“

Der Verein steht auf dem Prinzip der Selbsthilfe durch möglichst feste Organisation aller Ärzte Deutschlands in zahlreichen lokalen Vereinen und durch engen Zusammenschluß all dieser Vereine zu einem großen deutschen Verband. Nur in einer solchen Organisation erblickt der Verein eine gute Waffe im Kampfe um sein Recht, nachdem die Erfahrung gelehrt hat, daß die staatliche Organisation auch da, wo sie nicht bloß fata morgana geblieben ist, in der Hauptsache, in der Verbesserung der materiellen Lage des Ärztestandes völlig versagt.

Eine weitere Waffe in unserem Kampfe und nicht die geringste ist das Geld, und der Verein beglückt sofort nach Hartmann's Vorschlag mit der Sammlung regelmäßiger Wochenbeiträge von 1 Mk. zur Bildung einer Strike- oder, wenn man so will, einer Unterstützungskasse, um damit Kollegen, welche im Kampfe um unsere Sache materiellen Schaden erleiden, schadlos zu halten.

Als dritte gute Waffe betrachtet der Verein die Agitation, in der Fach- wie in der politischen Presse, und zwar in ausgedehntem Maße und durch energische Stellungnahme zu allen unseren Stand und unsere materiellen Interessen berührenden Fragen. Dazu gehört endlich eine rege Propaganda bei den Kollegen, um allmählich mehr und mehr, ja alle deutschen Ärzte für dieses Programm zu gewinnen.

Ärzte Deutschlands, vereinigt, organisiert, stark, bildet Vereine mit dem hier skizzierten Programm. Macht von der erfolgten Gründung dem Unterfertigten Mitteilung, damit in bald ein Delegirtenkongress aller Vereine einberufen werden kann zur Aufstellung gemeinsamer Statuten. Sage Niemand, wir haben jetzt annehmbare Verhältnisse, wir können damit zufrieden sein: „si vis pacem para bellum“ gilt auch bei uns.

Und wenn, was sicher kommen wird, nach den Vorposten-Gesetzen in Menschheit, Eiderfeld u. der Kampf zwischen Ärzten und Frankenkassen auf der ganzen Linie entzündet, so glauben wir, daß nur mit unseren oben erwähnten Waffen, d. h. durch feste, straffe Organisation, wir denselben mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen können.

Und Dr. Hartmann ruft den „Kollegen in Stadt und Land“ zu:

... Gegen diese traurigen Verhältnisse hat sich unsere bisherige Organisation allein als ohnmächtig erwiesen, sie hat darin keinen Wandel zu schaffen vermocht, und das nur deshalb, weil derselben die pekuniäre Stütze fehlt. Ohne Geldmittel ist bis jetzt noch kein Lohnkampf erfolgreich geführt worden! Es ist deshalb hohe Zeit, daß etwas Ernstliches geschieht, geredet und geschrieben ist nun genug, wir wollen uns energisch unserer Haut wehren! Wir haben deshalb zur Wahrung unserer aufs Aeufserste gefährdeten wirtschaftlichen Interessen einen Verband aller deutschen Ärzte ins Leben gerufen, um unsere Ziele durch die Wucht gemeinsamen Vorgehens zu erreichen; so sind wir im Stande, unsere traurige Lage zu bessern und uns einen wirksamen Schutz gegen diese Ausbeutung und die maßlosen Uebergriffe der Kassenvorstände zu gewährleisten. Es ist deshalb eine Forderung der Vernunft sowohl, als auch eine Ehrenpflicht für jeden Kollegen, gleichviel ob Kassennarr oder nicht, sein Solidaritätsgefühl zu betätigen, und eingedenk dessen, daß allein Einigkeit stark macht, einer der unserigen zu werden und unserem Verband als Mitglied beizutreten!

Diese Worte, von Ärzten für Ärzte geschrieben, könnten auch unsere Berufsgenossen zum Nachdenken veranlassen.

### Unternehmer-Terrorismus.

Herr Pregel, Fabrikant von Treibriemen und Militärsattel, nebenbei bürgerparteilicher Stadtverordneter und antisemitischer Volksredner, hat den vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vertrag, betreffend die Beilegung des Militärsattelfabrikanten-Streiks, vorbedulftlich der Verkürzung der Arbeitszeit, auch unterschrieben. Aber Unterschreiben und Halten ist auch bei Herrn Pregel zweierlei. Er muß Schritt für Schritt zu Allem gedrängt werden und an eine Verkürzung der Arbeitszeit ist auch jetzt nicht zu denken, nachdem andere Fabriken dieselbe über den Vertrag hinaus auf 9 Stunden reduziert haben. Sagt Herr Pregel doch ganz unbeforen, die Arbeiter wollen die kürzere Arbeitszeit nur deshalb, damit, wenn sie dabei weniger als bisher verdienen, sie dann sagen können, die Löhne seien zu gering. Also gutwillig ist von Herrn Pregel nichts zu erlangen, und da kamen denn seine anderen Arbeiter, als da sind Schloffer und Treibriemensattler, im Verein mit den Militärsattlerarbeitern überein, auf ihn einen gelinden Druck auszuüben, geeint vorzugehen und eine Petition vorzulegen, in der eine tägliche Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde resp. Sonnabends um 1 Stunde erbeten wurde. Dieses Schriftstück wurde, mit 69 Unterschriften versehen, Herrn Pregel von 4 gewählten Arbeitern vorgelegt. Herr Pregel, darob sehr aufgebracht, erklärte kurzweg, nichts zu bewilligen, wenn es nicht passe, könne gehen. Hinterher befiel er sich wohl aber doch, verbündete und gab zu — man saune — daß am Sonnabend eine 1/2 Stunde früher ausgehört werde. Waren die Arbeiter dabei ruhig, so aber Herr Pregel nicht. Gewiß sollen die Arbeiter warten, bis Herr Pregel mit seinem Wohlthätigkeits-Klimbim ihnen einige Brocken zumisst, aber belteise ja nichts fordern, ja nicht einmal etwas erbitten. Solch eine That muß gesühnt werden. Kurze Zeit darauf erhielten 8 von den delegierten Arbeitern ihre Kündigung, und um die Zahl voll zu machen, auch noch der Vertrauensmann der Treibriemenarbeiter. Herr Pregel, befragt um die Gründe, erklärte, Mangel an Arbeit wäre die Ursache. Natürlich wird dieses niemand glauben, glaubt es doch Herr Pregel selbst nicht.

Herr Pregel erklärte nämlich anderen Arbeitern gegenüber, das müsse jetzt in seiner Fabrik anders werden, die Deger wären jetzt heraus und er werde sich jetzt mehr um derlei Sachen kümmern. Großes Interesse zeigt dabei dieser Herr für unseren Verband, er erkundigt sich angelegentlich nach demselben. Nun, hoffentlich macht dieser Herr Pregel noch manche schwere Stunde, wie er sie ihm schon gemacht hat. Genug, eine Maßregelung der Werkstätten liegt nach der eigenen Erklärung des Herrn Pregel unbedingt vor. Nun ist es ja klar, daß augenblicklich die Treibriemenarbeiter des Herrn Pregel nichts dagegen unternehmen können, die Konjunktur ist schlecht und die Organisation nicht die stärkste. Wenn aber Herr Pregel glaubt, die Arbeiter dadurch eingeschüchtern zu haben, so irrt er. Durch diese Gewaltmaßregel sind sie erst aufgerüttelt und sie werden in Zukunft gewiß treu und fest zur Organisation halten. Denn wenn Herr Pregel seine Humanität in solcher Weise betätigt, daß er Arbeiter, die weiter nichts thun, als ihm eine Petition überreichen, einfach auf die Straße setzt, so ist dieses Wohlwollen, daß er sonst bei allen möglichen Gelegenheiten zeigt, nichts werth, so ist es nur ein Mittel, die Arbeiter zu überrumpeln und sie seinem Willen gefügig zu machen. Ein solches Vorgehen, solcher Terrorismus, muß auch dem Wüdesteifen die Augen öffnen und ihn dahin führen, wohin er gehört, in die Reihen seiner Mitarbeiter. Herr Pregel hätte überhaupt Arbeit genug, wenn er sich um die Verhältnisse in seiner Fabrik etwas mehr kümmern würde. Herr Pregel, der jetzt sogar schon dazu übergeht, Treibriemen, sogenannte Niederriemen, von Frauen herstellen zu lassen, sollte vor allen Dingen dafür sorgen, daß die gesetzlichen Vorschriften diesen gegenüber erfüllt würden. Unfallversicherung, besonders Kiofet und andere Sachen sind sehr unvollkommen

vorhanden. Es wäre dringend notwendig, daß der Gewerbe-Inspektor die Mängelheiten einmal einer gründlichen Revision unterziehen möchte. Also Herrn Pregel bleibt dort noch viel zu thun übrig. Seinen Arbeitern aber rufen wir zu, organisiert Euch, haltet fest und treu zusammen, dann wird Herr Pregel sich bessern, ob er wieder einen solchen Terrorismus ausüben darf.  
D. W.

### Ueber die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich

Sind wir recht mangelhaft unterrichtet, was lediglich auf die französischen Gewerkschaften zurückzuführen ist, die nach außen so gut wie gar kein Lebenszeichen von sich geben, und es recht häufig Angewandten vermeiden, Licht über ihren Umfang, ihre Bestrebungen und Einrichtungen zu verbreiten. Wir sind daher leider auf anderweitige Berichterstattung angewiesen. Wir geben aus diesem Grunde im Nachstehenden eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ wieder, die von Arbeiterfeindlichkeit nicht ganz frei zu sein scheint, die sich aber immer noch sehr vorthellhaft abhebt von jenen Berichten, die in den ausgesprochen arbeiterfeindlichen Zeitungen ab und zu erscheinen.

Unter den gewerkschaftlichen Organisationen in Frankreich haben darnach die Einheitsbestrebungen, die sich seit Jahren geltend machen, noch nicht einmal den beschriebenen Erfolg eines formalen äußeren Zusammenschlusses erreicht. In der Hauptsache führen die französischen Gewerkschaften nur eine lokale Existenz. In einzelnen Gewerbezweigen, wie bei den Buchdruckern, den Bergarbeitern, den Metallarbeitern u. haben sich nationale Verbände gebildet. Eine alle Berufe umfassende Gewerkschaftsöderation für ganz Frankreich existiert zwar schon, die „Confédération générale du travail“, die etwa 100 000 Mitglieder zählt, also von den in 2381 Gewerkschaften organisierten 420 000 Arbeitern ein Viertelsumfaßt. Sie ist jedoch noch sehr wenig in sich gefestigt, befindet sich überhaupt noch in der Sturm- und Drangperiode. Ausgesprochen sozialistisch, legt sie den Hauptwerth auf revolutionäre Thätigkeit, auf die trotz aller angewandten Systematik etwas nebelhafte Vorbereitung des Generalsstreiks, auf die Propaganda der Boykottage und der „Sabotage“, das heißt der absichtlichen Vergehung von Material, schlechten Behandlung der Werkzeuge u. seitens der Arbeiter. Die Vereinigung existiert seit einem Jahrzehnt etwa, unter ihrem jetzigen Namen aber erst seit 1895. Ihre Wirksamkeit läßt sich bei Weitem nicht jener der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften vergleichen. Ihre Haupttendenz geht auf die Beherrschung der Gewerkschaftswelt zu mehr oder weniger eingehenden politischen Zwecken, und den größten Widerstand findet sie in diesen Bemühungen bei dem Verbands der Arbeitsbörsen, der seit 1892 besteht und ganz entgegengelegte Ziele verfolgt, seine Thätigkeit also ganz auf die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen beschränkt. Die Politik ist sogar formell ausgeschlossen und nirgends steht der „Berufspolitiker“ in schlechterem Ansehen als innerhalb der Arbeitsbörsen. Damit sei nun nicht gesagt, daß die Mitglieder politisch völlig farblos seien. Es wäre auch verfehlt, in ihnen eine Gruppierung zu vermuten, die unseren Christ-Dunder'schen Vereinen entspricht, also von liberalen Ideen getragen wäre. Der Verband der Arbeitsbörsen richtet wie diese letzteren seine größten Anstrengungen auf unmittelbare praktische Ziele, auf die Förderung der engen beruflichen Interessen; doch sind sie theoretisch nicht verwasst und nicht unfruchtbar. Sie leben in den Gedankenkreisen Proudhons's, träumen von jener gelblichen Kaufmannschaft, die dieser Sozialphilosoph als „Anarchie“ bezeichnet hat, und böswillige Gegner nennen sie deswegen auch heute noch „Anarchisten“, um ihnen damit das Stigma aufzubrennen, das den Propagandisten der That, mit denen sie absolut nichts zu thun haben, anklebt. Wie wenig sie Anarchisten in diesem Sinne sind, geht daraus hervor, daß der Sekretär des Verbandes, Maurice Pelloutier, durch Willeram zum Enqueteur des staatlichen Arbeitsamtes ernannt wurde, in dessen Auftrage er jüngst auch eine recht gute Kompilation über „La vie ouvrière en France“ veröffentlicht hat.

Die „Arbeitsbörse“ ist eine spezifisch französische Einrichtung. Ihrem eigentlichen Charakter nach ist sie ein Gewerkschaftsartell, das kommunale Subventionen erhält, meistens auch in kommunalen Gebäuden seine Lokale hat. Die älteste der Börsen ist die Pariser, die seit Anfang der 90'er Jahre existiert und von der Stadtkasse außer den Gründungskosten von nahezu 3 Millionen Frs. eine Jahressubvention von 182 000 Frs. erhält. Die 57 in Frankreich vorhandenen Arbeitsbörsen, die im Jahre 1898 eine Anzahl von 1098 Gewerkschaften mit 159 284 Mitgliedern zählten, erhielten im gleichen Jahre zusammen 354 160 Frs. gemeindliche und 20 400 Frs. departementale Subventionen. Wie ihr Name schon andeutet, wollen die Arbeitsbörsen in erster Linie eine Regelung des Arbeitsmarktes anstreben und pflegen daher hauptsächlich den Arbeitsnachweis, den die ihnen angehörenden Gewerkschaften für ihre Gewerbezweige organisieren. Im Jahre 1898 haben sie bei 88 048 Arbeits- und 45 461 Stellenangeboten 47 287 bauernde und 89 159 Ausschäftsbelegungen angeführt. Neben dem Nachweise veranlassen sie sachgewerbliche Ausbildungskurse, vielfach auch populärwissenschaftliche

schaffliche Vorträge, unterhalten Bibliotheken und stellen neben den Versammlungsräumen auch den Arbeitslosen Aufenthaltsräume zur Verfügung.

Der nationale Verband der Arbeitsbörsen hat vom 6 bis 9. September in Paris seinen diesjährigen ordentlichen Jahrestag abgehalten. Aus dem Berichte ergibt sich, daß der Verband von den 57 Börsen 48 mit 870 Fachvereinen umfaßt. Wie immer, waren die Verhandlungen sehr sachlich und auf drei praktische Gegenstände beschränkt. Gleich in der ersten Sitzung wurde auf die Neue die Resolution gefaßt, daß der Verband die Politik außerhalb seiner Bestrebungen stelle und in keinem Falle einer politischen Organisation beitrete. Auch beschloß der Kongreß, die von der oben erwähnten Confédération générale du travail ergangene Beitrittsanfrage rundweg abzulehnen, sowohl für sich wie für die ihm angehörenden einzelnen Börsen. Ebenso will er sich in die Wahlen zum obersten Arbeitsrat nicht einmischen. Ein auf dem vorliegenden Kongreß ins Auge gefaßtes Projekt für die Errichtung von speziellen Reiseunterstützungsstellen für die wandernden Mitglieder wurde im Prinzip genehmigt. Diese nach einem Kilometer-tarif zu gewährenden Reisegebühren sollen namentlich im Anschluß an das jetzt in Organisation befindliche staatliche Arbeitsnachweiskamt ausgebildet werden. Der Kongreß sprach sich auch einmütig für diese Schöpfung des jetzigen Handelsministers Millerand aus. Sie hat bekanntlich den Zweck, die gewerbliche Stellensvermittlung in ganz Frankreich zu zentralisieren und dadurch für die bis jetzt nur lokal wirksamen Börsen eine Verbindung und einen Mittelpunkt zu schaffen. Jede Arbeitsbörse reicht wöhnentlich ein Verzeichnis der in ihrem Bezirke freien Stellen ein; das Zentralbureau stellt die Listen sämtlicher Börsen systematisch zusammen und versendet sie in Plakatform wieder an die einzelnen Börsen, die sie öffentlich aushängen. Nach dem Beschlusse des Kongresses sollen die verschiedenen Arbeitsbörsen spezielle Subventionen von ihren Gemeindegewerkschaften verlangen, um das in Angriff genommene Werk seiner vollen Ausübung entgegenzuführen zu können. Im Weiteren beschloß der Kongreß, die bisherigen Fachlehrstürze zu entwickeln und sie durch Gründung von Volkshilfsvereinen in Verbindung mit den Arbeitsbörsen zu ergänzen. Ferner sollen in jeder Börse sogenannte „Arbeitsmuseen“ errichtet werden, in denen die hauptsächlichsten Industrieprodukte des Bezirkes mit Darstellungen ihrer Produktionsweise, Anzahl der Arbeiter, Löhne etc. auszustellen sind. Lange Verhandlungen wurden gepflogen über die Mittel und Wege, durch welche die zum aktiven Militärdienste eingezogenen Mitglieder den schädlichen Einflüssen des Kasernenlebens entzogen werden können. Die einzelnen Arbeitsbörsen sollen sich nach dem gefaßten Beschlusse jedenfalls bemühen, rege Verbindung mit ihren dienenden Mitgliedern zu pflegen und sie in ständiger Fühlung mit den Berufsinteressen zu halten.

Aus den dreitägigen Verhandlungen des Kongresses, die hier nur sehr gedrängt wiedergegeben werden konnten, geht jedenfalls hervor, daß der Verband der Arbeitsbörsen innerhalb des Rahmens seiner Bestrebungen eine sehr klare und zweckentsprechende Tätigkeit entfaltet. Wenn er trotzdem bis jetzt noch nicht zu einer überragenden Stellung innerhalb der Gewerkschaften Frankreichs gelangte und in keiner Weise für seinen Kongreß die Bedeutung beanspruchen darf, die der Trade Unions-Kongreß in England besitzt, so sind die Gründe dafür nicht weit zu suchen. In der schwachen numerischen Stärke gegenüber der Gesamtheit der Arbeiter, oder selbst der organisierten Arbeiter liegen sie sicherlich nicht ausschließlich. Er läßt vielmehr eine der vitalsten Interessen der Arbeiterschaft, den Lohnkampf, das Ringen um wirtschaftliches Höherkommen mittelst der gewerkschaftlichen Organisation außerhalb des Kreises seiner Ziele. Die Subventionen, welche die Börsen aus öffentlichen Mitteln annehmen, nötigen sie allein schon zu einer gewissen Neutralität, und sie überlassen daher alle Ausnahmefragen den einzelnen Mitgliedervereinen, was allerdings nicht ausschließt, daß alle Mitglieder einer Börse einer Streikbewegung materielle und moralische Unterstützung gewähren. In diesem Punkte läßt die Confédération générale du travail eine größere Anziehung auf die arbeitenden Klassen Frankreichs aus, und es ist nur zu bedauern, daß sie bis jetzt noch sich zu sehr mit utopischen Bestrebungen abgibt und Kapitalien zur Organisation des Generalstreiks sammeln will, während sie keine Einzelausstände zu unterstützen vermag.

### Fremdlose Jugend.

Sie sprechen immer nur von den unerfüllten Pflichten der bestehenden Klassen gegenüber den nichtbestehenden! Einmal vergessen Sie dabei aber gänzlich. Das ist die furchtbare Verbitterung der durch die Sozialdemokratie verführten Menge. Man möchte ja gerne zugeben, daß manche ihrer Forderungen berechtigt sind. Man möchte den Reuten auch wohl entgegenkommen bei der Erfüllung ihrer Wünsche. Aber dieser sanftmütige Haß gegen Alles, was Bestehendes heißt... Diese blinde Wuth... Die machen ja jede Verständigung unmöglich! Sehen Sie, diese nur durch die ewigen Forderungen erzeugte Stimmung, die zur weitverbreiteten Macht werden kann, muß der vierte Stand ablegen, darf er bei der jüngeren Generation garnicht erst aufkommen lassen. Das ist seine — auch nicht erfüllte — soziale Pflicht.“

Ueber Freund! Lassen Sie uns überlegen: Wie entsteht die furchtbare Verbitterung, von der Sie sprechen? Wirklich nur durch ewige Forderung? Haben Sie denn schon einmal einen Einblick in das Leben eines Proletarierkindes gehabt? Sie sagen: Ja, Sie sehen die Rangen jeden Tag auf der Straße, wie sie sich balgen und die Vorübergehenden frech belästigen! Ich gebe zu, es giebt unter den Kindern des niederen Volkes — wie in jeder anderen Gesellschaftsklasse auch — viel Flegel. Daß diese aber hier so sehr viel häufiger seien als anderwärts, das bestritt ich ganz entschieden. Aber von den Kindern, die noch Zeit zum Spielen haben, wollen wir heute nicht reden. Sie sind gegen viele ihrer Altersgenossen glücklich zu nennen. Sie werden auch wohl nur selten — Sie gebrauchten das Bild neulich — „die menschlichen Bomben, die gefüllt mit unsagbarem Klassenhaß, jeden Augenblick loszuplatzen drohen“. Wo diese sich entwickeln, das sollen Sie sogleich sehen. Begleiten Sie mich. Ich habe vor, einen meiner ärmsten Schüler in seiner mütterlichen Wohnung aufzusuchen. — Wir treten in eine der großen Miethslokalitäten ein, wie sie in Berlin N. so zahlreich sind. Wir durchschreiten den Hausflur und zwei enge Höfe. Dort, im zweiten Quergebäude, vier Treppen hoch, liegt unser Ziel. Steigen wir hinauf. Es herrscht freilich ein wenig Armeleutegeruch hier, und Ihr ästhetisches Gefühl wird arg durch die Unsauberkeit der Treppen und Wände beleidigt. Muth, mein Freund! Wer ein gerechtes Urtheil über gewisse soziale Erscheinungen gewinnen will, darf dergleichen nicht scheuen. So jetzt sind wir so weit. Treten wir ein.

Welch ein Bild! In der Küche am Boden ein ärmliches Lager. In unsaubere Lumpen gehüllt, liegt auf demselben ein etwa dreijähriges krankes Kind. Die wenigen Geräthschaften stehen unordentlich umher. Nicht viel anders sieht es in der einzigen Stube aus, die zu der Wohnung gehört. Drei hungerige Kinder, zwei davon im schulpflichtigen Alter, sitzen am Tische und verzehren ihr kümmerliches Mittagssnack — jedes eine Schmitte Brot, die dünn mit Schmalz bestrichen ist. Am Fenster sitzt ein abgemagertes Weib und näht. — Ich sehe Ihnen an, mein Freund, daß Sie den lebhaftesten Wunsch haben, möglichst bald von diesem Orte des Schreckens fortzukommen. Ich kürze meine Unterredung mit der Mutter meines Jungen ab. — Nun sind wir wieder im Freien. Wie sagten Sie? Das sei eine ganz unwürdige Lotterwirtschaft, Sauberkeit und Ordnung könne von der Frau zum wenigsten verlangt werden, das koste ja kein Geld? Gemacht! Suchen wir nach dem Bilde des Jammers Zuflucht im nahen frühlingssünen Parke. Dort sollen Sie hören, was ich über die Familie weiß.

Das arme Weib ist seit bald zwei Jahren Wittwe. Ihr Mann war Arbeiter in einer chemischen Fabrik. Er starb an der Schwind-sucht. Vier Kinder hinterließ er seiner Frau. Sie waren und sind noch zu klein, als daß die Mutter außer Hause auf Arbeit gehen könnte. Da gab es nur ein Mittel für die Frau, sich und ihren Kindern Lebensunterhalt zu verschaffen. Sie fing an zu nähen. Arbeit erhält sie entweder direkt von einem Konfektionsgeschäft oder von einem Zwischenmeister. Es sind geringe Männerlohn und Jackens. Die Stücke werden zugeschnitten geliefert. Die Frau kann, wenn sie vom Morgen bis zum Abend fleißig arbeitet, 10 bis 12 Hosen oder 2, selten 3 Jackens fertig stellen. Diese Leistung ist aber nur dadurch möglich, daß die Wirtschaft völlig vernachlässigt wird und die beiden größeren Kinder bei der Arbeit helfen. Das Mädchen heftet Futterstücke und Kragen auf das Zeug, der Knabe näht Knöpfe an und plättet die fertigen Sachen aus. Für eine Hose wird 17½—25 Pf., für ein Jackett 1,10—1,20 Mk. Lohn gezahlt. Rechnen Sie einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 2,50 Mk. auf 300 Arbeitstage im Jahr (wohl ein außerordentlich günstiger Fall!), so entspricht das einer Jahreseinnahme von 750 Mark. Dazu kommen 144 Mk. Armenunterstützung auf die beiden ältesten Kinder! An Miete müssen für Stube und Küche jährlich 210 Mk. abgeführt werden, bleiben 684 Mk. Davon sollen eine erwachsene Person und vier Kinder ernährt und gekleidet werden! Es reicht nicht aus. Darum hat die Frau das Bett in der Stube an einen Schlafburschen vermiehet und schläft mit ihren Kindern in der Küche.

Was mich heute in das Haus der Armuth führte, haben Sie mit angehört. Ich wollte mich davon überzeugen, ob die Entschuldigungen wahr gewesen waren, die mir mein Schüler seit Wochen vordrachte, wenn er immer wieder und wieder „keine Zeit für Schularbeiten hatte“. Sie waren leider nur allzu wahr gewesen.

Ich hat gestern ein paar glückliche Mitschüler meines Jungen, die im Besitze eines Fußball sind, sie möchten ihren Kameraden bei dem schönen Wetter zum Spielen mit auf den Spielplatz nehmen. Der Freude war der kleine Kerl nach Hause gebrungen: „Mutter, der Herr Lehrer hat gesagt, Du möchtest mich heute mal mit auf den Spielplatz gehen lassen!“ Seufzend hatte die Mutter „Nein!“ sagen müssen. Sie hatte eine eilige Arbeit vor. Dabei mußten die Kinder helfen. Und es vergingen dem Knaben die Stunden in der dumpfen Stube mit dem Annähen von Knöpfen, mit Flicken und Fadenausziehen. Draußen war heiterer Frühling, draußen spielten seine Altersgenossen: für ihn gab es keine Freude, heute nicht — nie! Er saß drinnen und mühte sich. Endlich, am späten Nachmittag, war das letzte Stück fertig. Eine schwache Hoffnung! Jetzt nur noch das „Uefern“ und er war frei! Mit einem gewaltigen Bündel beladen eilte er ins Geschäft. Er traf

dort viele andere Kinder, die auch Arbeit brachten. Man hatte sie alle zur selben Zeit bestellt. Nun ließ man sie warten — Stunden lang. Das ist in fast allen Berliner Konfektionsgeschäften und bei den meisten Zwischenhändlern Brauch; Kinder verjähren ja nichts! Es wurde draußen schnell dunkel und dunkler. Unserem Jungen liefen die Tränen die Backen herunter. Es war heute mal wieder nichts gemeldet mit der erhofften Jugendlust. Endlich nahm man ihm seine Sachen ab. Dann dauerte es noch lange, bis die neue Arbeit, die er der Mutter mit nach Hause nehmen mußte, auf der Maschine zugeschnitten war. Als er zu Hause ankam, war es schon ganz dunkel. Ein lärgliches Nachtessen, und dann ging es zu Bett; denn des Morgens heißt es für ihn zeitig aufstehen, sonst schilt der Väter, für den er Frühstück austrägt. Sterbenstraunig schlief er ein. Noch einmal wachte er auf, als der angeheiterte Schlafsucher laut durch die Küche in die Stube polterte. — Freudelose Jugend — verbittertes Alter! Das ist Entwicklungsgefeß. — Verstehen Sie jetzt die Verbissenheit mancher Leute aus dem ärmeren Stande? („Die Hülfe“.)

## Streiks und Lohnbewegungen.

Die Sattler der Firma Ludwig Winter u. Co. in **Bischsferda i. S.** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Als sie vorstellig wurden um Erhöhung der Akkordpreise, wurde es rundweg abgelehnt und 4 Mann als Rädelsführer entlassen. Die Verhandlungen unsererseits mit den Fabrikanten blieben erfolglos. Es wird daher gebeten, den Zugang nach Bischsferda fernzuzuhalten.

## Eingefandt.

Auf den in der letzten Zeitung veröffentlichten Hamburger Versammlungsbericht, in welchem das Verhalten des Arch-Kollegen Johann Ludwig aus Baiern einer scharfen Kritik unterzogen und der Frankfurter Fittale eine Rüge erteilt wurde, müssen wir betonen, daß derselbe in Frankfurt während seiner letzten Mitgliedschaft keinen Kollegen geschädigt hat, obwohl wir ihn in seinem Privatleben nicht in Schutz nehmen wollen. Es wäre der Fittale Hamburg bei Befragung von Vertrauensmännern zu empfehlen, derartigen Kollegen etwas mehr auf die Finger zu sehen.

Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

## Brüsseler Brief.

Wie ich aus der Zeitung vom 6. Oktober ersehe, sind betreffs des Streiks der Militärsattler die Würfel gefallen. — Sind sie zu unseren Guntzen gefallen? Nein ganz und gar nicht; denn wenn ich den Tarif betrachte, welcher gefordert wurde, und den, welchen man bewilligte, komme ich zur obigen Ansicht. — Immerhin haben die Sattler einmal gezeigt, daß auch sie Menschen sind, welche den Willen haben, ein besseres Dasein zu führen. Es ist zu hoffen, daß bis zum Jahre 1902 die Sattler besser gerüstet dastehen, als bisher. Auch die Fabrikanten werden sich rüsten und unsere kleine Organisation wird noch schweren Kämpfen entgegen gehen. Daß dieser Streit den Herren Arbeitgebern nicht zur passenden Zeit kam, erstreckt sich daraus, daß sie sogar nach „Brüssel“ kamen und Zuschneider und Sattler auf Militärsattler suchten.

Daß die Herren sehr unvorsoren (um mich höflich auszudrücken) austraten, ergibt sich daraus, daß sie sich sogar an den Sekretär unseres Sattlervereins wendeten behufs Erlangung von Arbeitskräften.

Vor mir liegt der Brief des Sekretärs, welcher sagt: „Daß im Laufe des Monats September 1900 ein Herr aus Berlin kam und 20 Sattler inklusive Zuschneider für Berlin suchte. Die Reise würde ihnen bezahlt werden, Arbeitsgelegenheit auf 6 Monate und ein Lohn von 85—100 Mark die Woche garantiert. Und für welche Firma suchte er Sattler? Für das Haus „August Vogt Söhne, Aktiengesellschaft, Berlin SW, Wilhelmstraße 30“, ist das nicht stark?“

Zum Glück hat er keine gefunden. — Wenn die Herren gewillt sind, die Reise zu vergüten und Löhne von 85 Mark zu bezahlen, so zeigt es sich genau, daß sie es können, und es wäre besser, wenn sie den Sattlern in Berlin das bezahlen würden, dann würde auch kein Streit ausgebrochen sein. Ueberhaupt müßten wir den Herren raten, nicht mehr hierher zu kommen, um im Trüben zu fischen, da sie wenig Glück mehr haben werden.

Der hiesige Verein erucht den Vorstand des Sattlerverbandes in Deutschland, bei nächstmal vorkommenden Streiks u. den hiesigen Vorstand davon sofort zu benachrichtigen, behufs gemeinsamen Handelns und Wirken. Die Adresse lautet: „Chambre syndicale des ouvriers Selliers, Harnachours, Malletiers et Selliers en article de Voyage“. Local „A la colline“, Grand Place, Bruxelles. — Es wurde auch schon von verschiedenen Kollegen angeführt, daß man in Verbindung treten soll mit dem deutschen Sattlerverband, was auch vom Vorstand freundlich aufgenommen wurde. — Möchte daher den Kollegen Cassenbach nochmals bitten, den hiesigen Verein von den Grundlagen und den diversen Einrichtungen unseres Ver-

bandes zu unterrichten, in französischer Sprache, wenn möglich, (Soll gelassen. F. S.), zur Stärkung des Sattlervereins, zur Hebung des Handwerks, in allen Städten des In- und des Auslandes.

Ich habe hier in Brüssel die Resultate unserer Lohnbewegungen dem Sattlerverein unterbreitet, was sehr freudig aufgenommen wurde, und ich bin beauftragt worden, den deutschen Kollegen die innigste Theilnahme und die besten Glückwünsche für unsere Bewegung und Vorwärtsschreiten auszusprechen. Auch hier werden Berichte gemacht werden, gleichen Schritt zu halten mit den deutschen Kollegen. Deshalb auf zum Kampf! und unser Wahlspruch sei immer und ewiglich:

Wir wollen, was wir schmecken,  
Der Freiheit und dem Frieden,  
Nicht droben erst, hienieden  
Soll Jeder glücklich sein.  
Was fragen wir nach Kronen,  
Nach Szeptern und Kanonen,  
Seid einig, Nationen,  
Dann endet eure Pein!

Carl Baumann.  
Rue de Plantas 66. Bruxelles (Nord).

## Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

### Abrechnung vom 17.—31. Oktober 1900.

Einsendungen von Verwaltungsstellen: Bonn 28,60, Brandenburg 30,—, Leipzig II 56,52, Berlin I 50,—, Eisen 26,—, Altenburg 9,25, Kaiserslautern 30,—, Braunschweig 25,—, Nürnberg 50,—, Stuttgart 50,—, Harburg 10,—, Flensburg 6,—, Berlin V 74,—, Berlin IV 650,—, Berlin III 200,—, Hannover 100,— M. Summa 1895,87 M.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: C. Meier-Konstanz 0,50, H. Stahl-Rendsburg 0,50, P. Gähner-Berlin 0,50, C. Brodowski-Jastrow 0,50, W. Wittwig 0,50, W. Stadte 0,50, E. Rind 0,50, E. Gerhardt 0,50, A. Helmenstein 0,50, H. Beißl 0,50, C. Dighaus 0,50 - funstig, Summa 5,50 M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: C. Hoffmann-Lungenau 0,60, H. Henseling-Gelsenkirchen 1,—, E. Meier-Konstanz 1,—, D. Jörgensen-Sonderburg 1,40, F. Buttmann-Gimshorn 3,—, D. Müller-Wegeleben 1,—, W. Rey-Blantenhain 3,—, A. Jurs-Finsterwalde 6,—, G. Ruge-Duxenau 4,20, H. Franke-Ludwigslust 1,20, D. Drems-Werther 2,40, B. Zichun-Berlin 2,40, A. Siede-Düsseldorf 1,—, G. Wiedertehr-Hohenlimburg 3,—, C. Stellmacher-Schwed 1,20, H. Rührbed-Cöln 0,80, C. Krenpel 1,20, H. Stahl 1,—, Rendsburg, P. Gähner-Berlin 0,60, W. Schmidt-Renscheid 2,—, C. Brodowski-Jastrow 0,80, C. J. 2,40, J. Hausmann 2,40, P. Sidel 2,40, F. Vog 2,—, H. Beißl 1,60, E. Gerhardt 1,40, A. Helmenstein 1,20, W. Wittwig 1,20, R. Hiemann 1,20, A. Sechebel 1,—, W. Stadte 1,—, P. Kaufholt 0,60, H. Pönte 0,60, E. Rind 0,40, A. Dighaus 0,40 - funstig, G. Haag-Frankenthal 2,40 M. Summa 61,20 M.

Für die im Streit gewesenen Kollegen in Uetersen: Berlin I 3,50 M.

Für die streikenden Militärsattler in Berlin: Dresden 7,11, Frankfurt a. O. 2,10, Karlsruhe 14,10, Nürnberg 8,20, Harburg 15,—, Flensburg 0,90, Berlin II 3,—, Berlin I 80,45, Gewerkschaftsstelle: Schwabach 12,40, Wandbeck 50,—, Tuttingen 12,45 M. Summa 205,71 M.

Verteilung: In voriger Nummer der Zeitung muß es unter Einsendungen von Verwaltungsstellen heißen: Frankfurt a. M. 80,— M.

In Nr. 20 unter Abrechnung der Hauptkasse, Ausgaben, Uetersen, Streikunterstützung 8750,— M.

Georg Standke, Hauptkassier.  
Berlin SO.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

### An die Verwaltungsstellen und Einzelmitglieder der Provinz „Brandenburg“.

Zu der am 25. Dezember d. J. stattfindenden Provinzial-Conferenz eruchen wir hierdurch in den Versammlungen möglichst bald Anträge zu stellen, die hieselben sind dem Unterzeichneten bis spätestens 8. Dezember zuzustellen. Einzelmitglieder haben sich direkt an mich zu wenden.

Alles nähere erfolgt brieflich.

G. Standke, Engel-Ufer 15.

### Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

Strasbourg. B. Max Dietrich, Zäckerstraße 28.  
Eisenach. B. Hermann Wetters, Käfersgasse 2, part.  
Mühlheim a. Ruhr. B. Hermann Frohde, Rothenweg 65.

**Jugo Häberle**, der von 1895 bis zur diesjährigen Nürnberg General-Versammlung Zentralvorsitzender des Tapezierer-Verbandes und seit 1892 Hauptkassierer der Zentral-Krankenkasse der Tapezierer war, ist am 19. Oktober in Hamburg verstorben. Die Tapezierer haben in ihm einen treuen und unermüdlichen Beamten verloren, aber auch unsere Kollegen, die bei irgend einer Gelegenheit mit ihm zusammen gearbeitet haben, werden sich des offenen und lebenswürdigen Mannes stets gerne erinnern.

### Filiale III. Bericht der Lokalkasse vom III. Quartal.

**Berlin.** Bank: Juli 2 Mittgl. 1,20; (August 2 Mittgl. 1,00); [September 2 Mittgl. 1,00]; Birk 5: 2,50 (5: 2,00) [5: 2,10]; Böhm 2: 0,80 (3: 85) [3: 0,90]; Clegg 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Eönen 5: 2,70 (5: 2,00) [5: 2,50]; Demuth 4: 2,40 (4: 1,70) [4: 1,90]; Fahrmann 6: 3.— (8: 3,20) [7: 2,80]; Feist 6: 3.— (6: 2,40) [6: 2,40]; Fischer und Richter 13: 6,70 (12: 6.—) [12: 6.—]; Goldmann 10: 3,70 (10: 3,70) [10: 3,70]; Karlsruher 3: 1,20 (3: 1,20) [—: —]; Klein —: — (1: 0,40) [1: —,40]; Lancza 5: 2.— (5: 1,90) [6: 2,40]; Lehmann und Wierler 20; 9.— (22: 8,10) [22: 8,10]; Perch —: — (—: —) [8: 4.—]; Roth und Weinland 3: 1,50 (5: 2,50) [18: 7,80]; Sundershausen 2: 1.— (2: 0,80) [2: 0,80]; Sütack u. Co. 9: 4,50 (9: 4.—) [9: 4.—]; Malcho u. Otto 14: 5,60 (14: 5,40) [14: 5,40]; Martiens 11: 4.— (12: 4.—) [12: 4.—]; Mäder 8: 4,10 (9: 3,80) [10: 4,10]; Mrow 12: 3.— (12: 2,50) [12: 4.—]; Müller, Adalbertstraße 8: 4.— (8: 2,50) [8: 2,50]; Müller, Charlottenstraße 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Offer u. Co. 12: 7.— (12: 5.—) [11: 4,40]; Praeger Koffer 10: 4.— (10: 5.—) [—: —]; Prager Tischler 3: 3.— (5: 3.—) [4: 3.—]; Rudolf 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,70]; Richter 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; R. E. Schmidt 7: 2,90 (7: 2,80) [7: 2,80]; Schrö 9: 2,50 (5: 2.—) [5: 2.—]; Strube 1: 0,50 (1: 0,40) [3: 1.—]; Tschentsch und Joppich 10: 4.— (10: 4.—) [10: 3,70]; Tüger —: — (8: 1,95) [8: 1,65]; Trebesius 20: 9.— (20: 7,50) [20: 7,50]; Warnke 4: 2.— (4: 2.—) [4: 1,70]; Widder und Bachm 10: 4,50 (8: 3.—) [6: 2,20]; Wintler 3: 1,50 (3: 1,30) [3: 1,30]; Worthmann 7: 4,10 (6: 2,60) [5: 2.—]; Wolny 4: 2.— (4: 1.—) [—: —]; Wunderwald 6: 3.— (6: 2,40) [6: 2,40]; Wüsterberg 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Ahmann 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Benoit 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Lange 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Perow 1: 0,50 (1: 0,40) [1: 0,40]; Macholie 1: 0,40 (1: 0,40) [1: 0,40]; Fräul. Eng 1: 0,25 (1: 0,20) [1: 0,20].

Bezahl wurden zur Lokalkasse im Monat Juli von 265 Mitgliedern 121,04 Mk., im Monat August von 277 Mitgliedern 108,10 Mk., im Monat September von 279 Mitgliedern 110,95 Mk., Karten circa verkauft 8,40 Mk. Summa der Einnahmen 348,50 Mk.

**Berlin I.** (17. 10.) Mitglieder-Versammlung abgehalten am 22. September. Vortrag des Herrn Dr. Joel über die Wissenschaft und der Weltuntergang. II. Diskussion. III. Verschiedenes. Der Referent streift die Mutmaßungen vom Weltuntergang, welche sich bis jetzt alle für nichtig gezeigt haben und stellt auf Grund der vorgezeichneten Wissenschaft fest, daß nichts zu befürchten ist und der Zeitpunkt nicht festgestellt werden kann. Dem Redner lohnte reichlicher Beifall; eine Diskussion fand nicht statt.

Unter Verschiedenem giebt Kollege Habermann die Abrechnung der Dampferpartie, wobei eine Einnahme von 757,45 Mk. und eine Ausgabe von 927,23 Mk. zu verzeichnen ist. Das Defizit von 169,78 Mk. soll durch das am 27. Oktober stattfindende Stiftungsfest ausgeglichen werden. Kollege Ruchel ersucht die anwesenden Wagenfahler, ihre Adresse abzugeben zwecks Gründung einer eigenen Filiale. In gleichem Sinne äußern sich die Kollegen Blum und Hoffmann, worauf folgender Antrag einstimmig angenommen wird:

Der Vorstand der Filiale I wird beauftragt, den Obmann der Berliner Ortsverbände zu veranlassen, eine Sitzung anzuberaumen mit der Tagesordnung: „Ist es zweckmäßig, die einzelnen Filialen in eine Ortsverwaltung zu vereinigen und Branchen-Versammlungen abzuhalten?“ Hierauf Schluß 12¼ Uhr.

**Berlin I.** (17. 10.) Am 6. Oktober fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen A. Hoffmann: „Der Streit der Militärattiler und wie verhalten wir uns.“ 2. Diskussion. 3. Wahlen zum Vorstand. 4. Verschiedenes. Der Referent geht auf die Gründe, die zum Streit führten, nicht näher ein, indem sie den Meisten schon bekannt sind; im Weiteren kritisiert er die falschen Angaben, die dem Zentralvorstand sowie der Gewerkschaftskommission gegenüber gemacht worden sind, was vor dem Gewerbe-Schiedsgericht festgestellt wurde und nimmt den Zentralvorstand gegen die gemachten Bemerkungen in Schutz. Er ermahnt die Kollegen, auch fernerhin mit allen Kräften zu agitieren, um derartige Vorkommnisse zu vermeiden. Ihm lohnte reichlicher Beifall. Zur Diskussion stellt Kollege Rosenthal den Antrag, selbige zu vertragen, betreffs der reichhaltigen Tagesordnung, welcher auch angenommen wird.

Hierauf wird Kollege Hoffmann mit 61 Stimmen zum Vorsitzenden, Kollege Blum mit 62 Stimmen zum Kassierer und Kollege Dutenkschn als Beisitzer gewählt.

Unter Verschiedenem giebt Kollege Matthäus den Bericht der Agitationskommission und Kollege Schneider den Kassenbericht. Es haben stattgefunden 8 ordentliche, 2 außerordentliche Kommissionen, 32 Versteckungen. Abgehandelt wurden 108 Fragebogen, von welchen 104 beantwortet wurden. Ferner 285 Briefe und Einladungen, 85 Aufrufe betreffs des Militärattiler-Streiks. Ausnahmen wurden 64 vollzogen. Bei dem Kassenbericht war eine Einnahme von 102,41 Mk., eine Ausgabe von 106,38 Mk. zu verzeichnen und somit ein Defizit von 3,97 Mk. vorhanden. Die Kommission ist neu zusammengesetzt aus den Kollegen Woffert, Schneider, Schleicher, Chanowsky, Büttner, Rosenow, Pippig, Kraftstück und v. Hosen.

Kollege Schneider regt an, ein Referat halten zu lassen über die Pflichten des Vertrauensmannes, indem die Meisten nicht wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Der Vorsitzende verliest die Liste der Delegierten zur Ortskrankenkasse und erlucht um rege Beteiligung an der Versammlung, sowie am Stiftungsfest und macht ferner bekannt, daß ein gemüthliches Beisammensein vom Gesangverein arrangiert ist. Den Bericht vom Arbeitsnachweis giebt Kollege Chanowsky, welcher ohne wesentliche Debatte angenommen wird. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung 12 Uhr.

**Bresden.** Am 20. Oktober fand eine öffentliche, sehr schwach besuchte Versammlung statt. Zu Punkt 1. religiöse und kommunizistische Sekteln in Amerika, hatte Genosse Drescher das Referat übernommen. Lebhafter Beifall wurde dem Redner am Schluß seines Vortrages zu Theil.

Unter Punkt 2, Bericht und Neuwahl der Kartelldelegierten, theilte Kollege Böhme mit, daß ein Bericht noch nicht gegeben werden konnte, da vom Kartell noch keiner zugegangen sei. Hierauf wurde zur Neuwahl geschritten und die Kollegen Böhme und Sauer wiedergewählt.

Unter Punkt Gewerkschaftliches kam auch unser Zentralarbeitsnachweis zur Sprache und wurden die heutigen Eingefandtes lebhaft erörtert. Am Schluß der Versammlung erwähnt der Vorsitzende die Kollegen, doch zahlreicher in den Versammlungen zu erscheinen.

**Frankfurt a. M.** Unsere, am 10. Oktober, stattgefundene vierteljährliche Hauptversammlung füllte zum großen Theil ein von Herrn Dr. Schiefinger gehaltenen Vortrag „über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses“ aus.

Redner erwähnt ungefähr Folgendes: Unter die zahlreichen Feinde des Menschengeschlechtes ist auch der Alkohol zu zählen: Selbiger ist der Nährstoff in den geistigen Getränken und bezweckt weiter nichts, als demselben einen prickelnden Geschmack zu geben. Der Alkohol ist lediglich als Gift zu bezeichnen und keineswegs als Nahrungsmittel zu betrachten. Es sei eine absolut irrige Meinung, wenn Leute glauben, sich bei großer Kälte oder nach körperlicher Anstrengung sich durch Schnaps oder sonstige geistige Getränke kräftigen zu wollen. Es werden dadurch wohl die Nerven angeregt und man fühlt sich momentan gekräftigt, aber kurz nachdem tritt eine um so größere Erschlaffung ein. In dieser Beziehung wäre eine Tasse Kaffee oder Milch viel dienlicher.

Redner stellt sich nicht auf den Standpunkt der Temperenzler resp. Antialkoholisten. Man könne bei geordneten und normalen Lebensverhältnissen zur Erweiterung des Gemüthes wohl ein Glaschen Bier oder Wein trinken. Dieses müsse aber zur geeigneten Zeit und in mäßigem Quantum geschehen, denn der Gebrauch und Mißbrauch sei ein himmelweiter Unterschied. Jedoch für Kinder unter 14 Jahren hält er vollständige Entlassung für geboten. Für diese wäre auch die geringste Quantität Wein bester Qualität schädlich. Schon wegen des verschwindend geringen Nährwerthes sollte man das Trinken alkoholhaltiger Getränke unterlassen. 3. B. 1 Liter Schnaps enthält 35 pCt., 1 Liter gewöhnlicher Wein 8—10 pCt. und 1 Liter Bier 4 pCt. Alkohol. Jedes etwa 5 pCt. Nährstoff. Wissenschaftlich sei festgestellt worden, das man an Wein ¼—½ Liter, an Bier ½—1 Liter, an Schnaps ¼—½ Liter pro Tag genießen dürfe.

Unter sonstigem reichhaltigen Zahlenmaterial weist Redner darauf hin, daß statistisch nachgewiesen ist, daß Ferstnigte 30—40 pCt., Gefangene, Verbrecher u. über 50 pCt. aus Säufern hervorgegangen sind. Alles in Allem, die Trinkstille ist absolut zu verwerfen. Wenn auch die Folgen nicht gleich erscheinen, so geht doch eine Erkrankung des Herzes langsam vor sich, das Nervensystem wird zerrüttet, sowie der Gesamtsorganismus torumpirt. Zum Schluß meint Redner: Es müßten von Staatswegen, von Vereinen, aber auch von jedem Einzelnen Maßregeln dagegen ergriffen werden.

Kollege Büttch ermahnt die Anwesenden, sich das Gehörte zu Herzen zu nehmen und darnach zu handeln.

Kollege Schöke hält diesen Vortrag für ganz besonders lehrreich und führt aus, daß auch wir in der gewerkschaftlichen sowie politischen Bewegung durch die Alkoholheuche großen Nachtheil haben, da konsequenterweise diejenigen Personen nicht die paar Feinlinge übrig haben, ja zum großen Theil nicht einmal feig wären, über eine eventuelle Verbesserung ihrer Lage nachzudenken. Ferner verkennt Redner den guten Werth der Temperenzler-Orden nicht, aber hält es für richtiger, diese Art Uebel doch bei der Wurzel anzufassen. Soziale Verhältnisse, z. B. die miserablen Wohnungsverhältnisse trieben den Arbeiter oftmals ins Wirthshaus.

Die Folgen davon sind Familienzwistigkeiten, Krankheiten, sowie schlechte Erziehung der Kinder. Ferner fordert er die Anwesenden auf, das Vorurteil, daß dagegen nichts zu machen ist, fallen zu lassen und überall, hauptsächlich bei der Wahl kommunaler Verwaltungskörperschaften, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen.

In dem Schlusswort erkennt der Referent vorstehende Ausführungen an und setzt noch hinzu, daß auch die schwachlose Zubereitung des Essens seitens der Frauen die Männer veranlaßt, in das Wirtshaus zu gehen. Weislicher Mensch in dem Alkohol eben das findet, was ihn gewissermaßen über alles hinweg setzt. Dieses liege aber wiederum in sozialen Verhältnissen.

Nachdem Kollege Parisius die Quartalsabrechnung verlesen und ihm Decharge erteilt ist, bringt Kollege Schubert den Bericht vom Arbeitsnachweis. Daraus ist zu ersehen, daß selbiger auf sehr schlechten Füßen steht.

Kollege Busse erwähnt die Kollegen in längerer Ausführung, sich mehr denn bisher daran zu beteiligen.

Ferner wurden die Kollegen Eichmann und Reiz in die örtliche Agitationskommission gewählt.

Zum Schluß gibt der Vorsitzende bekannt, daß an obligatorischen Beiträgen (50 Pf. pro Woche) für die streikenden Kollegen in Berlin 96 Mk. eingegangen sind.

**Sitzung.** In der am 6. Oktober stattgefundenen Sitzung der Zählstelle über die Wahl wurden bei der Vorstandswahl als 1. Vorsitzender Kollege Neumann, als Kassierer Seidel, als Schriftführer und Kartellbeauftragter Böhm, zu Beisitzern Krause und König bestimmt. Das Zeitungsaustragen übernimmt Kollege Krause. Nach dieser Wahl gab Sekretär die Abrechnung vom Stiftungsfest, welche für richtig befunden wurde.

**Magdeburg.** Am Sonnabend, den 20. Oktober, fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche diesmal gut besucht war. Genosse Herzberg hielt einen einstündigen Vortrag über das Thema: „Die Arbeiter und ihre Pflichten“. Redner legte den Kollegen klar, auf welche Weise es die Unternehmer versuchen, ihre Arbeiter auszunutzen und die Arbeiter zwingen, für billigen Lohn zu arbeiten. Deshalb sei es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich zu organisieren, damit wir auf diese Weise dem Unternehmertum entgegenzutreten können. Redner wies dann noch darauf hin, daß die Pflichten eines organisierten Kollegen nicht schon damit erfüllt sind, wenn er seine Beiträge bezahlt, sondern daß er jede Versammlung besuchen mußte und daß jeder einzelne Kollege agitatorisch mitzuwirken habe, um die indifferenten Kollegen heran zu ziehen. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Mitgliederbestand war 95. Wir hatten dieses Vierteljahr eine gute Einnahme zu verzeichnen, trotzdem sich unsere Mitgliederzahl etwas verringert hat. Es wurden die Kollegen Karl Schröder als 2. Vorsitzender, Böhm als Hilfskassierer und Sommer als 1. Beisitzer gewählt. Betreffs Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweises entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Kollegen Stein und Thiem erklärten, wenn wir der Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweises zustimmen, müssen wir auch bei der nächsten Urabstimmung der Arbeitslosenunterstützung zustimmen. Kollege Jürgler war nicht dieser Meinung, da doch die Dresdener Kollegen ebenfalls Gegner der Arbeitslosenunterstützung und dazu Anreger des Arbeitsnachweises gewesen sind. Es wurde der Gründung dieses Institutes zugestimmt.

**Mannheim.** Die am 2. Oktober im Lokale zum Bremer-Eis stattgefundenen Mitgliederversammlung beschäftigte sich, nachdem die verschiedenen Punkte erledigt waren, viel mit der Beitragserhöhung, worauf folgende Resolution angenommen wurde.

#### Resolution.

„Die heute im Lokale zum Bremer-Eis tagende Versammlung protestiert entschieden gegen den Beschluß der letzten Generalversammlung betreffs Erhöhung der Beiträge. Die Veranlassung hierzu gab uns die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung; bekanntlich haben gerade hier die 5 Pf. eine große Rolle gespielt, man befürchtete den Zusammenbruch des Verbandes u. s. w. Warum befürchtet man das jetzt nicht? Wir erblicken in jenem Beschluß eine Inkonssequenz und erklären ausdrücklich, daß die Filiale Mannheim für diesbezügliche Seitensprünge nicht zu haben ist. Befindet sich die Verbandsklasse in einer Zwangslage, so soll es auch an uns nicht fehlen; dazu wollen wir uns jedoch unser freies Verfügungsrecht nicht beschneiden lassen, aufzwingen lassen wir uns nichts. (Dem. d. Red. Wir müssen gesehen, daß uns dieser Protest, vor Allem der letzte Satz, unverwundlich ist.)“

**Mannheim a. d. Ruhr.** Trozdem uns eine Zeit lang von gewisser Seite entgegengearbeitet wurde, und wir Leute am Orte hatten, die uns die Kollegen abwendig zu machen suchten, arbeitet unsere Filiale gegenwärtig wieder ganz flott. Der Besuch der Versammlungen ist durchweg ein guter, auch die Tapezierer am Orte sowie von Duisburg beehren uns regelmäßig mit ihrem Besuche, und ist das Einvernehmen ein gutes zu nennen. Mit der Agitation beschränken wir uns bis dahin auf Mannheim selbst, und konnten wir auch in letzter Versammlung dem Verbands wieder vier neue Mitglieder zuführen. Leider ist der Wechsel der Kollegen bei einigen Meistern ein harter, und muß immer frisch angefangen werden. Mit dem Zentralarbeitsnachweis kann sich die Filiale Mannheim nicht einverstanden erklären, besonders in kleineren

Städten würden Mühe und Kosten ganz nutzlos sein. Indem die Meister und Fabrikanten dem Verbands feindlich gegenüberstehen, und würden diese den Nachweis einfach boykottieren. Es wurde von verschiedener Seite betont, daß sich die am Orte arbeitenden Kollegen auch ohne Arbeitsnachweis behelfen können, indem sie die frei gewordenen Plätze so viel wie möglich durch Vereinstmitglieder zu besetzen suchten.

**Offenbach.** In der am 22. Oktober stattgefundenen regelmäßigen Mitgliederversammlung wurde zum ersten Punkt die Abrechnung vom 3. Quartal entgegengenommen.

Der zweite Punkt, Gewerkschaftliches, brachte betreffs des 1. November eine sehr lebhafte Debatte, und ersucht Kollege Diemel, die Kollegen mögen gut aufpassen und sich alle Punkte unserer Forderung vergegenwärtigen, auch müssen alle Vertrauensmänner bei der an diesem Tage stattfindenden Vertrauensmännerkonferenz bestimmt erscheinen, damit die Vorkommission bei eventuell eintretenden Schwierigkeiten sofort Schritte dagegen unternehmen kann.

Daß die Firma W. Kammer auch bewilligt hat, wurde zur Kenntnis genommen.

Nach kurzer Debatte betreffs Ausschuh für Volksverlesungen und Wahl eines Vergütungskomitees fand die Versammlung um 12 Uhr ihren Schluß.

**Hlm.** In der am 6. Oktober abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurden die Kollegen Gilliger zum Bevollmächtigten, Schral zum Kassierer, Weber zum Schriftführer, Haus und Hart als Revisoren gewählt. Ins Gewerkschaftskartell wurden Schral und Weber entsandt.

### Rechtsprechung.

**Zeugengebühren an gewerbliche Arbeiter.** Seit Inkrafttreten des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches haben mehrere Gerichte den Gewerbegehilfen die Zahlung von Zeugengebühren verweigert, da nach einer Vorschrift des B. G. B. die Arbeitgeber während unverschuldeten Fernbleibens des Arbeiters von der Arbeit zur Weiterzahlung des Lohnes verpflichtet sind. Die Entscheidungen haben vielfach Bedenken erregt, die auch von einzelnen Gerichten geteilt werden.

Das Braunschweiger Landgericht hat eine für die Bewilligung von Zeugengebühren an Arbeiter wichtige Entscheidung gefällt. Ein Gewerbegehilfe war vom Gericht als Zeuge geladen und vernommen worden und hatte dafür die gesetzlich festgesetzten Zeugengebühren für Zeit- und Lohnverlust beansprucht. Das Amtsgericht wies seine Forderung ab, weil nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Gewerbegehilfe auch für die Zeit seiner Vernehmung und des erforderlichen Hin- und Rückweges von seinem Arbeitgeber Lohn beanspruchen könne, mithin durch seine mit der Zeugenernehmung verknüpfte Arbeitsveräußerung einen ersatzfähigen Lohnausfall nicht gehabt habe. Auf die über diese Forderungsverweigerung an das Landgericht eingelegte Beschwerde hat das letztere nunmehr entschieden, daß die Zahlungsverweigerung rechtsirrtümlich sei, und ordnete nachträglich die Zahlung der berechneten Zeugengebühren an. In der Begründung dieses Urteils führt das Landgericht aus, daß die betreffende Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches den Zweck verfolge, die zu Diensten oder Arbeiten verpflichteten Personen, als die wirtschaftlich Schwächeren, zu Lasten ihrer Dienstherrn oder Arbeitgeber, als der wirtschaftlich Stärkeren, vor unverschuldeten kleineren Lohnausfällen zu bewahren, daß aber die Weigerung der Gerichte, den zu Diensten oder Arbeiten verpflichteten Personen Zeugengebühren zu zahlen, darauf hinauslaufen würde, die dem Staate gesetzlich obliegende Pflicht zur Zahlung von Zeugengebühren auf die Schultern der Dienstherrn oder Arbeitgeber, die doch im Vergleiche zum Staate die wirtschaftlich Schwächeren seien, abzuwälzen. Solche Auffassung sei unhaltbar, und die fragliche Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches könne sich deshalb auf Zeitveräußerung und Lohnverluste durch Zeugenernehmung nicht erstrecken.

### Vermischtes.

**Die Dresdener Arbeiter-Zeitung** bringt nochmals folgende Warnung vor einem Schwindler: Ein gewisser Bruno Ertel, Bäcker und Tischnerhilfsarbeiter, von dem wir in Nr. 101 unseres Blattes schon einmal unter Bezugnahme auf Angaben des Vertrauensmannes zu Striegen warnten, scheint sein Wesen durch Brandstiftung der Genossen wieder zu treiben. So schwindelte er dem Kassierer des Arbeiter-Radfahrer-Klubs, hier, 8 Mark ab. Auch in der Bäckerei „Corona“ hat er alle dort Arbeitenden hinein-gelegt. Es sei deshalb nochmals vor dem Betrüger gewarnt.

**Ohne Lehrlingsprüfung verlieren die Zimmermeister ihre Erlaubnis.** Das ist die Innungsmehrheit, gegen die selbst Götter vergeblich kämpfen. In Petze tagte kürzlich die Generalversammlung des Innungsverbandes, worüber nachstehender Bericht durch die Presse geht:

Der Vorsitzende, Zimmermeister Stiemjen, erteilte dem Vatermeister Langmaad, einem Mitgliede des Vorstandes der Hand-

werkskammer, das Wort zum Bericht über die Konstituierung und die bisherige Tätigkeit der Handwerkskammer in Flensburg. Der weitgehendste Punkt der Tagesordnung, der weitere Schichten des Handwerkerstandes berührt, ist die Stellung des Lehrlingsauschusses der Kammer zu den Anträgen der Gesellenausschüsse der Bäcker- und Tischlerinnung in Heide. Von den Ausschüssen waren nachstehende Anträge bei der Kammer eingegangen: 1) Ein Meister der in seinem Betriebe ohne Gesellen arbeitet, darf nur einen Lehrling halten; 2) ein Meister, der in der Regel einen Gesellen beschäftigt, darf zwei Lehrlinge halten; 3) ein Meister, der einen Gesellen beschäftigt, kann noch einen dritten Lehrling annehmen, wenn der älteste Lehrling im dritten Lehrjahre steht. Von dem Lehrlingsausschuss der Kammer, zu dem in Sachen des Lehrlingswesens stets der Gesellenausschuss der Kammer in gleicher Stärke herangezogen werden muß, sind diese Anträge infolge Fehlens eines Mitgliedes des Lehrlings-Ausschusses zum Beschluß erhoben worden. Der Vorstand der Handwerkskammer hält diesen Beschluß für viel zu weitgehend und hat beantragt, daß statt der Anträge a, b und c Nachstehendes zum Beschluß erhoben werde: Einem Meister ist das Halten von drei Lehrlingen gestattet. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhafteste Debatte. Sämtliche Redner stimmten mit einer Ausnahme dem Antrage des Vorstandes bei. Malermeister A. Langmaack betonte, daß dann, wenn die Regierung die Anträge der Gesellenausschüsse annehme, eine Anzahl Arbeiter erziehungsunfähig werde, da dann von ihnen die nötigen Arbeitskräfte nicht zu bekommen seien. Ferner würden nach dem Inkrafttreten dieses Beschlusses der Landwirtschaft nur Arbeiter in die Arme getrieben wegen Mangels an Lehrlingsstellen. Infolgedessen werde Mancher nicht in den Beruf hinein kommen, für den er von vornherein Neigung und Talent habe. Auch der Regierungsvertreter sei dem Antrage des Vorstandes beigetreten, weil auch ihm die Anträge der Gesellenausschüsse zu weitgehend seien. Um nun zu verhindern, daß die Anträge in der Sitzung der Handwerkskammer im November dieses Jahres zur Annahme gelangen, sollen von den Innungsverbänden und Innungen diesbezügliche Anträge bei der Regierung eingereicht werden.

Diejenigen Meister, die nur von der Lehrlingsausbeutung leben können, wollten lieber auch ihre sadenscheinige Meisterherrlichkeit vernichten und selbst als Geselle gehen.

#### Gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken.

Auf Veranlassung des Reichskanzlers wurde im Frühjahr des Jahres 1898 eine Erhebung über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken in den einzelnen Bundesstaaten vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Erhebung hat das Reichsstatistische Amt alsbald bearbeitet und in Form einer Denkschrift nebst Tabellen dem Reichsamt des Innern vorgelegt, woselbst inwischen Vorschläge über die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb der Fabriken ausgearbeitet worden sind. Die Ergebnisse der Erhebung werden nunmehr in den Vierteljahrshefen zur Statistik des Deutschen Reichs (Heft 3 d. Jahrg.) veröffentlicht. Die Enquete ergab, daß in Deutschland 532 283 gewerblich thätige Kinder gezählt wurden. Das Königreich Sachsen ist an dieser großen Zahl mit 127 881 beteiligt, oder, anders ausgedrückt, von je 100 vollschulpflichtigen Kindern sind in Sachsen 22,80 gewerblich beschäftigt, die höchstmittelte Relativziffer. Die niedrigsten Ziffern weisen auf: Waldeck mit 0,58, Mecklenburg-Strelitz mit 1,28 und Bayern mit 1,58. Was nun die Art der Beschäftigung der Kinder im ganzen Reich angeht, so waren gezählt: Industrie 306 828 gleich 57,64 pCt., Handel 17 628 gleich 3,31 pCt., Verkehr 2891 gleich 0,51 pCt., Gast- und Schankwirtschaft 11 620 gleich 4,06 pCt., Ausstragebetriebe 185 890 gleich 35,52 pCt., gewöhnliche Laufdienste 35 909 gleich 6,75 pCt., sonstige gewerbliche Tätigkeit 11 787 gleich 2,21 pCt. Allein in der Textilindustrie waren 143 710 Kinder unter 14 Jahren vorhanden gleich 46,84 pCt. der industriell beschäftigten Kinder.

Es ist anzunehmen, daß in den festgestellten Zahlen, die auch so ein Bild trostloser Verhältnisse bieten, nicht die volle Zahl aller gewerblich beschäftigten Kinder enthalten sind, da man bei der Erhebung mit begreiflichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.

**Die schwelgenden Proletarier.** Der Gewerbe-Inspektor Laurisch in Rottbus hat sorgfältige Untersuchungen darüber angestellt, wie viel Arbeiterfamilien mit verschieden großer Anzahl von Kindern für Essen, Trinken und kleine Haushaltsbedürfnisse pro Kopf der Familie ausgeben können. Als Resultat seiner verdienstlichen Untersuchungen ergab sich folgende Ausgabe pro Woche:

in einer Familie mit 2 Personen	6,80	Wk. pro Person
" " " " " 3 " "	4,40	" " " "
" " " " " 4 " "	3,45	" " " "
" " " " " 5 " "	2,80	" " " "
" " " " " 6 " "	2,60	" " " "
" " " " " 7 " "	2,18	" " " "
" " " " " 8 " "	2,05	" " " "
" " " " " 9 " "	2,—	" " " "
" " " " " 11 " "	1,80	" " " "

Eine kinderlose Familie konnte also pro Kopf und Tag für Lebensmittel die folgende Summe von 91½ Pfg. ausgeben! Eine Durchschnittsfamilie mit 3 Kindern 40 Pfg., während eine mit 9 Kindern „gesegnete“ Familie noch nicht ganz 28 Pfg. verausgabte. Wie es also bei Familien mit 8-9 Kindern mit der

Ernährung aussehn muß, das sich auszumalen, überlassen wir der Phantasie der Leser, die sich vielleicht unter Zuhilfenahme der kulinarischen Kochrezepte des Herrn Hige eine Vorstellung davon machen können.

**Mit der Abänderung der Bäckereiverordnung** wird es erst. Die Schweinburg'schen „Berliner Politischen Nachrichten“ teilen über die Absichten des Reichsamts des Innern, beziehentlich des Grafen Posadowsky mit, daß tatsächlich Vorbereitungen zur Umgestaltung der Verordnung eingeleitet seien, „um die in dieser enthaltene Maximalarbeitszeit entsprechend den durch die Bestimmungen für die Getreidemöhlen und die Ladengeschäfte gegebenen Vorkäufen in eine Minimalarbeitszeit umzugestalten.“

Mit der Abänderung der Arbeitszeitverordnung soll eine Verbilligung für Preußen ergeben, die eine Besserung der Bau- und Einrichtungsverhältnisse in den Bäckereien bezweckt.

Die Maximalarbeitszeit im Bäckereibetriebe beträgt nach der jetzigen Verordnung zwölf Stunden, die Minimalarbeitszeit in den Ladengeschäften aber nur acht Stunden. Den Bäckergehilfen droht also durch die Abänderung auf alle Fälle eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Man kann nur wünschen, daß der Reichstag die Bäckergehilfen vor der Verschlechterung ihrer ohnedies nichts weniger als rosigten Lage energisch schütze. Die Bäcker selbst aber müssen sich rühren, indem sie Mann für Mann der Gewerkschaft ihres Berufes beitreten. Die Bäckermeister sind gut organisiert, dadurch erreichen sie Vieles; mögen sich die Gehilfen das zur Lehre dienen lassen und sich ebenfalls organisieren. Vereinzelt erreichen sie nichts.

#### Die preussischen Bischöfe im Dienste des Unternehmertums.

Im Monat August haben sich die preussischen Bischöfe in der alten Bischofsstadt Fulda zusammengefunden, um ein gemeinsames Hirten Schreiben zu vereinbaren, das sich mit der sozialen Frage, sowie mit den katholischen Arbeitervereinen und Verbänden befaßt. Das Hirten Schreiben fordert die religiöse Grundlage der Vereine und verwirft die Errichtung sogenannter neutraler Verbände. Auffälligerweise fällt der Erlaß des Hirten Schreibens zeitlich zusammen mit der Erörterung der Neutralitätsfrage, die gerade in den katholischen Arbeitervereinen vielfach die Erkenntnis zum Durchbruch gelangen ließ, daß, wenn die Arbeiterkraft gegenüber dem geschlossenen Unternehmertum Erfolge erzielen will, ein Zusammengehen aller Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete unter Beiseitelegung konfessioneller Gegensätze die natürliche Voraussetzung bildet. Während man nun dergestalt von den Arbeitervereinen verlangt, die Wahrung ihrer Interessen auf wirtschaftlichem Gebiet vom religiösen Standpunkt zu betrachten, fällt es natürlich keinem preussischen Bischof ein, das Gleiche auch von den Verbänden der Unternehmer zu verlangen. Abgesehen davon, daß in den Unternehmerverbänden die katholischen Unternehmer doch auch neben Protestanten, Juden und Atheisten sitzen, ist das Gebahren so mancher katholischer Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber herzlich schlecht in Uebereinstimmung zu bringen mit ihrem religiösen Standpunkt. Wenn sich nun die preussischen Bischöfe in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit in so offenkundiger Weise auf die Seite des ersteren stellen, so werden sie damit zwar der Arbeiterbewegung nicht schaden, bringen sich selbst aber in Widerspruch mit dem wahren Christentum. Und wenn die Herren selbst das Ansehen ihrer Kirche bei den katholischen Arbeitern in Mißkredit bringen wollen, so ist das ihre Sache, um die wir und keine grauen Haare wachsen lassen werden.

Anknüpfend hieran wollen wir noch mitteilen, daß sich der Erzbischof zu Freiburg auf einen anderen Standpunkt stellt. Er hat an den Klerus seiner Diözese einen Erlaß gerichtet, in welchem es heißt:

„Das nachstehende Rundschreiben der letzten Fuldaer Bischofskonferenz übergebe ich anmit dem Hochwürdigem Klerus der Erzbischofsdiözese zur sorgfältigen Erwägung und gewissenhaften Beobachtung. Veranlaßt ist es durch die in neuester Zeit hervorgetretene Gewerkschaftsbewegung. Dieselbe hat zwar anfangs durch das von ihr präsumierte nächste Ziel, und weil sie als „christlich“ sich bezeichnete, auch bei katholischen und geistlichen Arbeiterfreunden Eindruck gemacht und Hoffnungen erweckt. Allein schon jetzt hat es sich gezeigt, daß das Wort „christlich“ hier nur ein leerer Schall und Ausschmückungsstück ist und daß die Bewegung mit unaussprechlicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen kann, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollen. Die Verhandlungen ihres Delegiertentages in Frankfurt, die ja jede (positive) religiöse Grundlage ausschlossen und als zu erstrebendes Ziel die Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern proklamirten, sowie der Besatz, den die sozialdemokratische Presse diesen Verhandlungen und Bestrebungen spendete, lassen hierüber keinen Zweifel übrig.“

Der Freiburger Erzbischof nimmt also offen Stellung gegen die „christlichen“ Gewerkschaften und zwar mit denselben Gründen, die des Oesteren schon der Freiherr von Stumm im Reichstage vorgebracht hat. Das ist ein Erlaß von nicht zu unterschätzender Bedeutung, das kaum Jemand für möglich gehalten haben dürfte! Die Zentrums Presse ist darüber arg beunruhigt. Doch findet die „Alln. Volks-Zeitung“ den Muth, die Kundgebung des Freiburger Erzbischofs als eine „tief bedauerliche“, die sich nur durch „trügerische Informationen“ erklären lasse, zu bezeichnen.

**40 Pfennig täglich!** Einen „amtlichen Küchenzettel“ der An siedelungs kommission für Posen und Westpreußen“ theilt die „Welt am Montag“ mit, d. h. eine Anweisung über die Beschäftigung der sändlichen Arbeiter, welche von der Kommission beschäftigt werden. Die Beschäftigung soll pro Person mit 40 Pfg. täglich bestritten werden; Fleisch soll es Mittags nur drei Mal in der Woche geben, und zwar pro Person 100 Gramm, d. i. ein Fünftel Pfund. (1) An solchen Tagen soll das Mittagessen im Ganzen pro Person 16,05 Pfg. kosten, von den Tagen ohne Fleisch 12,05 Pfg., ferner das Frühstück Morgens 2,05 Pfg., das Abendessen 2,75 Pfg. bezw. 3,21 Pfg. Weiter heißt es in diesem Küchenzettel:

Der Verbrauch bezw. Bedarf an Salz und Gewürz stellt sich für den Tag und Kopf auf 40 Gramm Salz und 0,4 Pfg. Gewürz, an Essig — bei Gerichten, für die Essig erforderlich ist — für den Kopf auf 0,4 Liter. Außerdem ist für den Kopf und Tag bis 1 Kilogramm gleich 2 Pfund Brod, sowie 40 Gramm Schmalz und an den langen Arbeitstagen, für die eine Vesperpause zugestanden ist, noch eine Portion Kaffee zu verabsorgen. An hohen Festtagen kann etwas (1) mehr Fleisch zugetheilt werden.

Das genannte Blatt berichtet:

Dieser Küchenzettel datirt vom 26. März 1900 und ist vom Präsidenten der An siedelungs kommission an sämmtliche Gutsverwalter mit einer Verfügung geschickt worden. Schon am 3. März war derselbe Küchenzettel, nur etwas weniger spezialfirt, versandt worden. Daraufhin hatte eine Reihe von Gutsverwaltern Einspruch erhoben. Diese Männer, die mitten im praktischen Leben stehen, kennen einigermaßen die Bedürfnisse der Arbeiter. Die Einen von ihnen wenden ein, „daß die zu beschäftigenden Leute gewöhnt seien, mehr Fleisch zu erhalten, als ihnen im Küchenzettel bewilligt würde, sie also mit der neuen Beschäftigung nicht zufrieden seien und den Dienst verlassen würden.“ Darauf erwidert der Präsident, daß die Leute, die an 500 Gramm Fleisch wöchentlich gewöhnt seien, dies auch erhalten könnten. Die dadurch entstehenden Mehrkosten könnten ja „an den ausgelegten Brod- und Fettportionen eingespart werden!“ Eine zweite Einwendung der Gutsverwalter ging dahin, daß „eine Beschäftigung in der angeordneten Weise überhaupt nicht möglich sei und es beim Alten bleiben müsse“, worauf sich der Präsident folgendermaßen vernehmen läßt: „Ich verlange, daß meine Verfügung firtlich durchgeführt wird. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es sehr wohl möglich ist, für den Durchschnittspreis von 40 Pfg. täglich, welchen der Küchenzettel vorsieht, einen erwachsenen Arbeiter gut und ausreichend zu beschäftigen.“

Der Herr Präsident der An siedelungs kommission müßte dazu verurtheilt werden, einige Monate nach seinem eigenen Rezept zu leben, dann würde er bald anderer Meinung werden. Bei gut-

belegtem Tisch läßt sich leicht anderen Leuten nachweisen, wie billig sie leben können.

### Bücherschau.

Dem Andenken **Wilhelm Liebknecht** ist eine Broschüre gewidmet, die von Kurt Eisner herausgegeben (soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist). Unter Benützung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen giebt der Verfasser in 8 Kapiteln: Ein Kämpferleben — Aus der Jugend — Der Freischärler — Die Fluchtlinaszett — Klein-Preußen und Großdeutsch — Landes-Hochverräther — Unterm Sozialistengesetz — Das letzte Jahrzehnt — in lebendiger Darstellung nicht bloß ein prächtiges, in dieser Umfassung ganz neues Lebensbild uneres verstorbenen großen Vorkämpfers, sondern auch eine glänzende Charakteristik der historischen Persönlichkeit und seiner politischen und literarischen Bedeutung.

Die Schrift enthält außer einer Portrait-Beilage auf Kunst druckpapier noch 5 Portraits und Abbildungen im Text.

Der Verlag hat, um jedem Genossen die Anschaffung zu ermöglichen, eine billige Agitations-Ausgabe zum Preise von 30 Pf. herstellen lassen, während der Preis im Buchhandel Mk. 1.— beträgt.

„**Villa Liebknecht**.“ Nach seiner Ausweisung aus Leipzig bewohnte, wie bekannt, der verstorbene Genosse Wilhelm Liebknecht zehn Jahre lang einige Stuben in einem slichten Bauernhause in Borsdorf bei Leipzig. Amuthig hat Liebknecht noch selbst im Neuen Welt Kalender 1900 sein Leben in Borsdorf und seine „Villa“ geschildert. Dieses historisch gewordene Häuschen giebt nun eine hübsche in fünf Farben gehaltene Ansichtspostkarte gelunnen wieder. Die Karte ist im Verlage von Rich. Lipski, Leipzig, Neubuhlerstraße 11 erschienen und von dort zum Preise von zehn Pfennig — Dugend 75 Pfg. — zu beziehen.

### Briefkasten.

**Hoffmann, Berlin.** Deine Ausführungen gegen untern ehemaligen zweiten Central-Vorsitzenden Pfeffer, der, nachdem er Wertmeister in einer Fabrik gewesen ist, dem Verbannde den Rücken lehrt und wagen rückständiger Beiträge ausgeschrieben werden mußte, kann ich in der vorliegenden Form nicht bringen. J. E.

**Vorsam.** Die Statuten-Nachträge sind vergiffen. — W elleicht hat die eine oder andere Verwaltungshelle einige Exemplare übrig gelassen, die sie an die Sammelverwaltung zurücksenden kann.

**S. München.** Mit den Verhandlungen des Hannoverischen Sattlerkongresses werden wir uns in nächster Nummer beschäftigen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.  
Druck: Maurer & Dinnwid, Berlin S., Soufflen-Ufer 11.

## Anzeigen.

### Bekanntmachung.

Die für die Pferde der Schuhmannschaft in den Staatsjahren 1901, 1902 und 1903 erforderlichen Ausrüstungs- und Ausrüstungsstücke, sowie die notwendigen Puz- und Putzmittel sollen im Wege der Submission beschafft werden.

Probefirtide der zu fertigenden Sachen liegen werktäglich in den Stunden von 9 bis 1 Uhr Vormittags im Geschäftszimmer der Verrittenen Abtheilung der Schuhmannschaft, Polizei-Dienstgebäude, Eingang II, Erdgesch., Zimmer Nr. 12 zur Ansicht aus.

Die Lieferungsbedingungen, aus denen der zu liefernde Bedarf im Einzelnen ersichtlich ist, können an demselben Ort und während derselben Zeit eingesehen und auch gegen Zahlung von 50 Pfg. für das Exemplar käuflich erworben werden.

Die Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Angebot für die Lieferung der Ausrüstungsstücke für Schuhmannpferde“ versehen, bis zum

Donnerstag, den 22. November d. Js.,

Vormittags 10 Uhr,

im Centralbüreau, Polizei-Dienstgebäude, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 161 abzugeben.

Die Eröffnung der Angebote findet in Gegenwart der etwa ersitzeneren Diener an demselben Tage, Vormittags 11 Uhr, in der Kalkulatur, Polizei-Dienstgebäude, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 133 statt.

Berlin, den 21. Oktober 1900.

Der Polizei-Präsident.  
von Windheim.

Die Richtigkeit bescheinigt.

I. D. 4291. Wunsch, Kanzlei-Sekretär.

Am Sonntag, den 4. November 1900, im Saal der Fingelbergers Bierhalle:

### Feier des zehnjährigen Bestehens des Verbandes der Sattler

Stittals Stuttgart

verbunden mit Früchte- und Blumen-Verloosung und darauffolgendem Ball.

Anfang präc. 3 Uhr. Anfang des Balles 7 Uhr.

Das Programm enthält Gesangs- und komische Vorträge und ein Operettstück.

Schreie, gehalten vom Kollegen Montag.

Program im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg., Bal- und Gesangs für Mitglieder 30 Pfg., für Nichtmitglieder 50 Pfg.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Das Festkomitee.

### Fachschriften u Lehrbücher

für Handwerker u Gewerbetreibende.  
Kataloge gratis franko  
JOH. SASSENBACH Bücher-Versand BERLIN

### Decorations-Zuschneide-Lehre!

Belehrt fahl Methode n. h. 32 Stufen. Preis 1 Mark, gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages in Marken besendet B. G. E. E. Decorateur, Frankfurt a. M., Allerheiligeng. 74 oder die Gew. d. St.

### Weiß- und Bahrisch-Bier-Pokal

Harl Jasterberg, Adalbertstr. 62  
hält sich den Berliner Kollegen bestens empfohlen.  
Jeden Sonnabend Jahrsfests der G. S. S. S.  
Frühstück, Mittag- und Abendriss.

Lebens- und Gewerkschaften von hier  
W. Stambke, Berlin S.O., Engel-Ufer 15, n. 4. E.

## Arbeiter-Notiz- Kalender 1901

Mit Extra-Beilage

### Portrait Liebknechts.

Geb. 60 Pfg. — Porto 10 Pfg.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:  
Das neue Invalidenversicherungsgesetz in Frage und Antwort-Form.

100 Jahre deutscher Fiktiv-Einwirkung. — Der deutsche Flottenbau und seine Kosten 1898 u. 1900.

Adressen der Fabrikspektoren, Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitersekretariate, Parteileitung etc.

Die wichtigsten Erfindungen und Entdeckungen. — Ergebnisse der Reichstagswahlen 1898 mit den Nachwahlen bis August 1900.

### Die sozialdemokratische Reichstags- Fraktion

in Wort und Bild

unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Reichswahlen bis August 1900

etc. etc.

### Der Arbeiter-Notizkalender ist ein unentbehrliches

praktisches Nachschlagebuch  
für Gewerkschaften.

Durch jede Buchhandlung beschubar.

Buchhandlung Vorwärts  
Gentstr. 2, Berlin SW.